Yvonne Magwas
VIZEPRÄSIDENTIN DES DEUTSCHEN BUNDESTAGES

CDU

APRIL 2022

Berlin-Brief

NEUES AUS BERLIN UND DEM VOGTLAND

INHALTE DIESER AUSGABE:

- Sondersitzung zum Ukraine-Krieg
- CDU-Bundesvorstand legt Saarländische Erklärung vor
- Flüchtlingen begegnet Solidarität
- Exorbitante Energiepreise bekämpfen
- Mangelnde Klarheit beim Haushaltsentwurf
- Debatte um allgemeine Impfpflicht
- Internationaler Frauentag
- Vizepräsidentin empfängt Antrittsbesuche
- Zukunftszentrum
- KfW fördert das Vogtland
- Ungeborenes Leben schützen
- Wahl des Bundespräsidenten
- Benefizkonzert für die Ukraine
- Yvonne Magwas schickt junge Klingenthalerin nach Amerika
- Schirmherrschaft für Meisterkurse in Bad Elster übernommen
- Besuch des Goethe-Gymnasiums in Auerbach
- Unternehmensbesuch bei BINZ
- Bürgermeistergespräche

Yvonne Magwas MdB
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Telefon: 030 227-75637 · **Fax:** 030 227-76639
E-Mail: yvonne.magwas@bundestag.de

www.magwas.de

Foto: Tobias Koch

EDITORIAL

Liebe Vogtländerinnen und Vogtländer,

seit dem 24. Februar leben wir in einer anderen Zeit. Es herrscht Krieg in Europa. Mit dem russischen Einmarsch in die Ukraine hat Präsident Putin einen durch nichts zu rechtfertigenden Völkerrechtsbruch begangen. Ein Angriffskrieg, der unendliches Leid über das ukrainische Volk, mehr als 40 Millionen Menschen, bringt, grausame Kriegsverbrechen gegen die Zivilbevölkerung. Mitten in Europa im 21. Jahrhundert. Eine Zeitenwende in der europäischen Außen-, Sicherheits- und Energiepolitik ist die Folge. Die Menschen in der Ukraine haben sich entschieden, den Weg der Demokratie zu gehen. Ihr gutes Recht, ihre selbstbestimmte hoffnungsvolle Entscheidung als ukrainisches Volk. Putin antwortet darauf mit einem verbrecherischen Feldzug gegen die Menschlichkeit, gegen Freiheit und Demokratie. Das „Recht“ des Stärkeren. Bis hin gar zur atomaren Drohung. Europa und die NATO stehen an der Seite des ukrainischen Volkes und eng beieinander. Das ist die positive Seite an der Aggression Putins: Der Westen ist einig wie lange nicht. Einig in der humanitären Hilfe, die breit getragene Welle der Solidarität in Deutschland ist großartig, einig in der Selbstverteidigungsunterstützung mit Defensivwaffen, einig in harten Sanktionen gegen den Aggressor.

Was wir jetzt schnell brauchen, ist eine noch besser abgestimmte Aufnahmestrategie von Bund, Ländern und Kommunen. Und wir brauchen eine Koordinierung, eine Verzahnung mit den ehrenamtlichen Helfern und Initiativen, um sie in ihrer Hilfe besser zu unterstützen. Hier ist die Bundesregierung in der Pflicht, auch was die dringend erforderliche Registrierung betrifft; der Ankommenden wie der Aufnehmenden.

Eine sichere und verlässliche Energieversorgung ist eine Frage nationaler und europäischer Sicherheit und Souveränität. Wir müssen jetzt von russischen Rohstoffen schnell unabhängig werden auf dem Weg zur Klimaneutralität, spätestens 2045. Das heißt in anderen Herstellerregionen der Welt einkaufen und die Erneuerbaren ebenso wie Wasserstoff deutlich schneller ausbauen und auf mehr Effizienz beim Verbrauch setzen. Die erforderlichen neuen Infrastrukturen, bspw. Flüssiggasterminals, brauchen einen Turbo beim Planungsrecht. Und wir müssen die Menschen und unsere Wirtschaft entlasten bei den derzeit explodierenden Energie- und Mobilitätskosten. Das jüngste Paket der Bundesregierung ist dabei leider arg kleinteilig und bürokratisiert, lässt zudem manche Bevölkerungsgruppen außen vor und gibt für die Wirtschaft kaum Antworten. Als Union werden wir weiterhin eigene Vorschläge machen - bspw. hatten wir eine deutliche Senkung der Umsatzsteuer auf Strom-, Gas- und Fernwärmelieferungen sowie auf andere Energieerzeugnisse, insbesondere Kraftstoffe, für 2022 und 2023 gefordert - und die Regierung fordern. Was gut ist, tragen wir verantwortlich mit. So bspw. auch die dringend nötige bessere Ausrüstung unserer Bundeswehr, die insbesondere die SPD leider seit Jahr und Tag blockiert hatte.

Themenwechsel: Die Corona-Pandemie ist nicht vorbei! Wir erleben dabei ein Versagen der Ampel, die von der FDP mit einem verqueren Freiheitsbegriff in Geiselhaft genommen wird. Anstatt weiter auf Vorsicht mit Augenmaß zu setzen, findet nun ein gewagtes Experiment statt. Bei sehr hoher Infektionsdynamik, bei immer noch zu niedrigen Impfzahlen. Ich halte das für falsch. Beim Thema Impfen bekommt die Ampel andererseits keine eigene Mehrheit im Bundestag hin, spielt weiter auf Zeit und baut auf die staatspolitische Verantwortung der Union. Das ist keine tragfähige Grundlage für eine Regierung, zumal es leider viele solche Beispiele gibt.

Aktuell diskutieren wir parlamentarisch den Haushaltsentwurf der Bundesregierung für dieses Jahr. Mir wird schwummrig, wie jetzt ein FDP-Finanzminister exorbitant Schulden macht. Gott sei Dank hat die Union unter der Kanzlerschaft von Angela Merkel eisern auf ausgeglichene Haushalte gepocht, so durch die gestiegene Wertschöpfung die Verschuldung im Verhältnis zur Leistungsfähigkeit deutlich verringert. Das gibt uns überhaupt erst Spielräume jetzt. Ja, die Lage ist in vielerlei Hinsicht herausfordernd, außergewöhnlich, schwierig. Aber so können wir nicht Haushaltspolitik machen. Die Ampel muss auch sagen, wo sie sparen will. Wir können nicht nur Ausgaben steigern. Immerhin Bundeswirtschaftsminister Habeck spricht schon einmal ehrlich aus, dass Krieg nicht folgenlos ist für den Wohlstand. Leider ist das so.

Ihre Yvonne Magwas

NEUES AUS BERLIN

Einstehen für ein freies und friedliches Europa: Sondersitzung des Bundestages nach Kriegsbeginn

Als erste direkte Reaktion auf den Angriffskrieg Russlands kam der Bundestag Ende Februar zu einer Sondersitzung zusammen. Die Union sicherte der Bundesregierung in dieser Notsituation ihre Unterstützung zu. Gleichfalls forderte sie detaillierte Informationen und Mitwirkungsmöglichkeiten.

Bundeskanzler Olaf Scholz reagierte in seiner Regierungserklärung auf den vom russischen Präsidenten Putin losgetretenen völkerrechtswidrigen Krieg. Er informierte über das weitere Vorgehen der Bundesregierung gegenüber Russland.

Sondervermögen für die Bundeswehr

Scholz kündigte zudem an, die Verteidigungsausgaben stark zu erhöhen. Die Bundeswehr erhalte ein Sondervermögen in Höhe von 100 Milliarden Euro. Das zusätzliche Geld sei für Investitionen in Rüstungsvorhaben vorgesehen. „Wir werden von nun an Jahr für Jahr mehr als zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts in unsere Verteidigung investieren“, so Scholz. Nach langem Zögern gewährt die Bundesregierung nun doch defensive Waffenlieferungen an die Ukraine. Es wurden 1.000 Panzerfäuste und 500 tragbare Luftabwehrraketen vom Typ Stinger zugesagt.

> YVONNE MAGWAS:
>
> *„Deutschland unterstützt wie die ganze freie Welt die Ukraine gegen den völkerrechtswidrigen Angriffskrieg Putins !“*

Energiepolitische Auswirkungen

Zudem wolle man die Abhängigkeit von Russland als Energielieferant verringern. Die Genehmigung der Ostseepipeline NordStream 2 wurde endgültig gestoppt. Als Ersatz sollen zwei Terminals für Flüssiggas in Deutschland errichtet werden. Als Standorte nannte der Bundeskanzler Brunsbüttel und Wilhelmshaven. Es gebe keinen Zweifel daran, dass Putin die Absicht habe, ein Imperium zu errichten. Allerdings müsse man trotzdem offen für Gespräche bleiben. „Dauerhaft ist Sicherheit in Europa nicht gegen Russland möglich. Auf absehbare Zeit aber gefährdet Putin diese Sicherheit", so Scholz. Der Krieg bedeute eine Zäsur für die deutsche Außenpolitik, dennoch bleibe der Anspruch: „So viel Diplomatie wie möglich, ohne naiv zu sein". Abschließend dankte Scholz allen Menschen, die gegen den russischen Angriff auf die Straße gehen. Die Menschen würden für ein freies und offenes, gerechtes und friedliches Europa einstehen.

Der neue Fraktionsvorsitzende der Union Friedrich Merz verband die Unterstützung der Union mit umfangreichen Mitwirkungsrechten.

Merz unterstützt und stellt Fragen

Der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Friedrich Merz sagte der Bundesregierung Unterstützung für den Kurs gegen den russischen Präsidenten Putin zu. Gleichzeitig machte Merz Einschränkungen beim Sondervermögen für die Bundeswehr. Ein solches bedeutet ebenfalls neue Schulden. Deshalb muss man über die Folgen für die nächste Generation dringend sprechen. Offene Fragen sind beispielsweise, wie die Finanzierung des Sondervermögens mit der Schuldenbremse des Grundgesetzes vereinbar ist. Außerdem möchte die Union bei allen Schritten und der Ausgestaltung des Sondervermögens mitwirken.

NEUES AUS BERLIN

CDU-Bundesvorstand legt „Saarländische Erklärung“ vor: Krieg mitten in Europa - Realitätscheck für die Freiheit

Der völkerrechtswidrige Angriffskrieg des russischen Präsidenten Putin auf die Ukraine bedeutet eine Zeitenwende. Die CDU leistet mit der „Saarländischen Erklärung“ anlässlich ihrer Vorstands-Klausurtagung am 4./5. März ihren Beitrag dafür, dass Deutschland eine sichere Zukunft hat. In den Bereichen Flüchtlingssituation, Verteidigung und Daseinsvorsorge macht sie Lösungsvorschläge.

Unsere Gedanken und unsere Gebete sind bei den mutigen Menschen in der Ukraine. Es ist unsere Pflicht in Europa, die Flüchtlinge aus der Ukraine aufzunehmen. Es braucht eine gemeinsame europäische Regelung mit einem gerechten Verteilschlüssel zur Aufnahme. Einen Teil wird Deutschland aufnehmen, zudem werden wir den betroffenen östlichen Nachbarstaaten helfen müssen. Es bedarf der Einrichtung eines zentralen Krisenstabs des Bundes, um die Verteilung der Flüchtlinge bundesweit und in Europa zu begleiten. Mit den Betreibern der Wohlfahrt und der Hilfsorganisationen muss die medizinische Versorgung, ein schneller ergänzender Impfschutz und eine psychologische Betreuung ermöglicht werden. Bund, Länder und Kommunen müssen auf diesen Gebieten abgestimmt vorgehen und von der Bundesregierung qualitativ und finanziell unterstützt werden.

Bundeswehr verstärken

Wir benötigen eine grundlegende Neuausrichtung unserer Außen-, Sicherheits– und Verteidigungspolitik. Der Staat muss wieder umfassend wehrhaft sein, nach außen und im Innern. Dies geht über eine Neugestaltung der Sicherheitsarchitektur. Die CDU unterstützt die Regierung bei dem Ziel, ab 2023 beständig mehr als zwei Prozent des Bruttoinlandsproduktes für Verteidigung auszugeben. Damit würde eine langjährige Forderung der CDU erfüllt. Außerdem brauchen wir die Vollausstattung der Bundeswehr und die Sicherung der langfristigen Finanzierung von Rüstungsprojekten auch mit unseren europäischen Partnern. Unsere Soldatinnen und Soldaten haben Anspruch auf die bestmögliche Ausrüstung. Das angekündigte Sondervermögen Bundeswehr in Höhe von 100 Milliarden Euro ist ein richtiger Schritt. Es muss zweckgebunden

Der CDU-Bundesvorstand zeigte seine Solidarität bei der Klausurtagung im Saarland. In der „Saarländischen Erklärung“ wurde klar Stellung bezogen zu Freiheit, Sicherheit und Versorgung.

für die Bundeswehr verwendet werden. Das Beschaffungswesen ist insgesamt reformbedürftig. Es sollten auch mehr Aufträge als bisher im beschleunigten Verfahren vergeben werden. Die Mittel zum Erkennen und der Abwehr hybrider Bedrohungen muss die Bundesregierung schnell ausweiten, da Defizite in diesem Bereich bestehen.

Krisensichere Daseinsvorsorge

Die Versorgungssicherheit ist aufgrund der hohen Quote an russischen Importen bei Gas, Erdöl und Kohle in Deutschland und Europa bedroht. Mehr denn je benötigen wir eine nachhaltige und sichere Energieversorgung. Dabei kann aber gleichfalls nicht die Bezahlbarkeit außer Acht gelassen werden. Warme Wohnungen dürfen kein Luxus sein. Wir brauchen eine Infrastruktur, die alle Versorgungsoptionen offenhält. Eine Errichtung von neuen Flüssiggas-Terminals in Brunsbüttel, Wilhelmshaven und Stade ist wegweisend. Die Umsetzung gilt es so zu gestalten, dass über jene Standorte perspektivisch Wasserstoff importiert werden kann. Die Infrastruktur der Daseinsvorsorge ist widerstandsfähig gegen Hackerangriffe zu gestalten. Das oberste Ziel muss nun sein, die Energieversorgung in Deutschland sicherzustellen und die Abhängigkeit von russischem Gas und Öl zu reduzieren.

NEUES AUS BERLIN

Krieg löst enorme Flüchtlingsbewegung aus: Hohes Maß an Solidarität in ganz Europa

Während in der Ukraine die Kämpfe unvermindert weitergehen, kommen immer mehr Kriegsflüchtlinge auch in Deutschland an. Deren Verteilung und die Koordination der Hilfe ist ein zentrales Anliegen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

Immer neue Schreckensbilder erreichen uns täglich aus der Ukraine. Neben Charkiw und Mariupol sind eine Vielzahl weiterer Städte und Dörfer Opfer von schweren Bombardierungen. Krankenhäuser werden beschossen, es geschehen Kriegsverbrechen der russischen Armee. Europa steht gemeinsam in dieser Krise und zeigt sich sehr geschlossen mit seiner Hilfsbereitschaft sowie Humanität gegenüber den Flüchtlingen. Dies ist ein klarer Gegensatz zu dem Vorgehen des Putin-Regimes.

Gerechte Flüchtlingsverteilung notwendig

Da die Flüchtlingsbewegung weiterhin anhält, braucht es eine gerechtere Verteilung der Flüchtlinge in Deutschland und Europa. Einige Regionen sind bereits an ihrem Limit angekommen. Andere haben jedoch noch die Kapazitäten für solche Hilfe. Die Union fordert von der Bundesregierung, eine eindeutige Koordination mit den Ländern und Kommunen zu erreichen. Es droht die schwerste humanitäre Katastrophe auf dem europäischen Kontinent seit Jahrzehnten.

> YVONNE MAGWAS:
>
> *„Den Hilfsorganisationen und Bürgerinnen und Bürgern, die den Flüchtlingen unermüdlich helfen, gilt mein ausdrücklicher Dank!“*

Umso wichtiger ist der Einsatz aller Hilfsorganisationen und der vielen Bürger, die in dieser schweren Stunde unermüdlichen Einsatz zeigen. Jenen Menschen gilt es ausdrücklich zu danken! Sie helfen mit ihrer Solidarität das unvorstellbare Leid der schwer in Mitleidenschaft gezogenen Zivilbevölkerung zu lindern.

Der Krieg war auch Thema bei der Diskussion mit den Schülerinnen und Schülern der 11. und 12. Klasse des Auerbacher Goethe-Gymnasiums.

Schutz von Frauen und Mädchen geboten

Der Bundestag hat sich unterdessen mit der Versorgung und Verteilung der Flüchtlinge befasst. Die Union forderte die Bundesregierung auf, sich nicht nur auf die großartigen Leistungen der ehrenamtlichen Helfer und Kommunen zu verlassen. Es braucht staatliche Kontrolle und Ordnung. Gerade gegenüber den vielen Frauen und Kindern besteht eine Schutzpflicht. Diese wird momentan nicht ausreichend wahrgenommen durch den Staat. Bei der Registrierung, der Ankunft an den Bahnhöfen, der Erstaufnahme, der Verteilung und der Unterbringung herrscht teilweise Chaos. Seit Wochen warnen Polizeigewerkschaften vor Kriminellen, die versuchen, Frauen, Mädchen und unbegleitete Minderjährige in ihre Gewalt zu bekommen. Es braucht Schutz durch ordnende staatliche Strukturen. Am besten wäre hier eine Schutzstrategie mit einer Registrierung direkt nach der Einreise, mit Schutzzonen an Bahnhöfen, sicheren Transportwegen in die Erstaufnahmeeinrichtungen und eine geordnete Verteilung auf die Kommunen. Der Vogtlandkreis greift daher auf das dezentrale Unterbringungsmodell zurück. Geflüchtete sollen in Einzelwohnungen auf den gesamten Landkreis verteilt werden. Parallel wird an der Ausweitung der Kapazitäten gearbeitet.

NEUES AUS BERLIN

Exorbitante Energiepreise bekämpfen: Unionsfraktion hilft der Ampel auf die Sprünge

Infolge des Krieges in der Ukraine sind die Energiepreise in Deutschland auf neue Höchststände gestiegen. Das neue Energieentlastungspaket der Ampel-Koalition kommt zu spät und ist kein stimmiges Gesamtkonzept. Die Union macht Vorschläge, wie Bürger und Unternehmen schnell und spürbar entlastet werden können.

Die Energiepreise steigen weiter und belasten die Menschen und Unternehmen in unserem Land in starkem Maße. Deshalb hat die Union zum wiederholten Mal im Bundestag gefordert, dass sich die Regierung für eine sichere, bezahlbare und souveräne Energieversorgung einsetzt. Die Ampel macht hier nach wie vor zu wenig! Auch das neue Energieentlastungspaket der Ampel-Koalition greift zu kurz.

Unabhängigkeit von russischem Gas

Die aktuelle Situation stellt Deutschland bei der Energieversorgung vor eine doppelte Herausforderung: Sicherheit sowie Souveränität in der Versorgung, Klimaschutz und Kosteneindämmung bei den extrem gestiegenen Energiepreisen. Die Regierung muss jetzt handeln und eine Energiestrategie für Deutschland vorlegen. Deutschland braucht eine Gasversorgung, die nicht von Gasimporten aus Russland abhängig ist und Souveränität gewährleistet. Zudem muss die Bundesregierung ein nationales Sicherheitskonzept für die gesicherte Stromversorgung vorlegen und sowohl dauerhafte als auch vorübergehende Maßnahmen ergreifen, um die Kostenexplosion bei den Energiepreisen abzufedern. Die Union fordert ein ideologiefreies Vorgehen, zu dem auch die Prüfung längerer Laufzeiten von Kernkraftwerken gehört. Gleichzeitig muss der Ausbau der Erneuerbaren Energien vorangetrieben werden.

Energieentlastungspaket unausgegoren

Statt eines stimmigen Gesamtkonzeptes hat die Ampel nun eine unausgegorene Mischung aus Einzelmaßnahmen vorgelegt. Darin zeigt sich wie so oft die Uneinigkeit der Ampel-Parteien. Einige der nun angekündigten Maßnahmen wie die Energiepreispauschale oder der Familienzuschuss erreichen die Menschen zu

Steuern senken jetzt: Die Union setzt sich für ein gezieltes Maßnahmenpaket zur Entlastung der Menschen und Unternehmen von den hohen Energiepreisen ein.

spät oder sind - wie die bereits vor Wochen von der Union geforderte Absenkung der Energiesteuer auf Kraftstoffe - längst überfällig. Die alleinige Absenkung der Energiesteuer auf Kraftstoffe und diese auch nur für drei Monate ist absolut unzureichend, denn die Krise und ihre Folgen sind in drei Monaten leider sicher nicht vorbei. Andere Maßnahmen, etwa für besonders betroffene Unternehmen, bleiben schwammig. Wichtige Maßnahmen für die Bezahlbarkeit von Energie fehlen im Paket ganz: Stromsteuer senken, Belastungsmoratorium, Entfernungspauschale über 38 Cent hinaus weiterentwickeln, verlängerter Spitzenausgleich für die Industrie oder eine Absenkung der Umsatzsteuer auf Energieträger. Auch zum möglichen Beitrag der Kernenergie durch Laufzeitverlängerung schweigt die Ampel.

Bauen und Wohnen wird teurer

Für die Bau- und Wohnungspolitik ist das Maßnahmenpaket eine herbe Enttäuschung. Das Effizienzhaus 55 als Mindeststandard bereits im Jahr 2023 vorzuschreiben, wird das Bauen sehr schnell viel teurer machen. Auch die Pflicht, neue Heizungen bereits ab 2024 mit 65 Prozent erneuerbaren Energien zu betreiben ist unrealistisch und unausgereift. Die Regelung ist eine ordnungsrechtliche Sanierungspflicht durch die Hintertür.

NEUES AUS BERLIN

Mangelnde Klarheit beim Haushalt: Bundestag berät Haushaltsentwurf 2022

Der Bundestag hat den Haushaltsplan für 2022 in erster Lesung beraten. Die Ampel flüchtet sich in rekordverdächtige Neuverschuldung und einen vagen Ergänzungshaushalt. Die Versprechen des Koalitionsvertrages sind erledigt.

Die Unionsfraktion wirft Bundesfinanzminister Christian Lindner mangelnde Klarheit im Bundeshaushalt vor. Die Solidität dieses Haushalts muss in Frage gestellt werden. Schon jetzt ist klar, dass im parlamentarischen Verfahren massiv nachgesteuert werden muss. Zum regulären Haushaltsentwurf kommen 100 Milliarden für den Sonderfonds zur Modernisierung der Bundeswehr hinzu. Angekündigt ist zudem ein Ergänzungshaushalt, mit dem die Folgen des Krieges in der Ukraine abgebildet werden sollen. Kosten: schätzungsweise weitere 50 Milliarden Euro. Es zeichnet sich eine sehr hohe Verschuldung im Jahr 2022 ab. Die Union sagt, man muss jetzt priorisieren.

Kein Blankoscheck beim 100-Milliarden-Sondervermögen

Die Union hat klar gemacht, dass sie nicht die Mehrheitsbeschafferin für die Ampel-Koalition ist. Dies betrifft nicht nur die Impfpflicht, sondern auch das geplante Sondervermögen Bundeswehr, das 100-Milliarden-Paket zur umfassenden Ertüchtigung der Streitkräfte. Ihre Zustimmung zur dafür erforderlichen Grundgesetz-Änderung knüpft die Fraktion an sechs Voraussetzungen:

> YVONNE MAGWAS:
>
> *„Dem vorgelegten Haushalt mangelt es an Klarheit und an Prioritätensetzung. Er kommt mit einer rekordverdächtigen Neuverschuldung daher.“*

- Die Verteidigungsausgaben müssen dauerhaft auf zwei Prozent des Bruttoinlandsproduktes steigen.

Die Ampel hat im Haushaltsentwurf 2022 eine rekordverdächtige Neuverschuldung vorgelegt. Klar ist: Der Entwurf muss im parlamentarischen Verfahren nachgebessert werden.

- Das Sondervermögen in Höhe von 100 Milliarden Euro darf ausschließlich für die Stärkung der Bundeswehr verwendet werden.
- Der Verteidigungshaushalt muss unabhängig vom Sondervermögen das Zwei-Prozent-Ziel erreichen.
- Vor einer Verabschiedung des Sondervermögens muss klar sein, was mit dem Geld konkret für die Bundeswehr erreicht werden soll.
- Das Beschaffungswesen muss grundlegend geändert werden.
- Bei einer Ausnahme von der Schuldenbremse muss dem Sondervermögen auch ein Tilgungsplan hinzugefügt werden.

Der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Friedrich Merz: „Wir werden nicht einen 100-Milliarden-Blankoscheck erteilen.“
Grundsätzlich kritisiert die Union, dass mit dem neuen Haushalt keine strukturellen Probleme angegangen werden, sondern mit geliehenem Geld kaschiert wird. Dabei ist Generationengerechtigkeit nicht nur in der Klimafrage, sondern auch im Haushalt und in den Sozialsystemen die wichtigste Weichenstellung für die Zukunft.

NEUES AUS BERLIN

Debatte um eine allgemeine Impfpflicht: Unions-Bundestagsfraktion bringt eigenen Antrag ein

Die Corona-Pandemie ist noch nicht endgültig überwunden. Der Bundestag befasst sich im März mit vier Anträgen im Zusammenhang mit einer allgemeinen Impfpflicht. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion brachte in einem Antrag unterdessen ihre Vorstellungen in die Debatte ein.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat sich sehr umfassend mit allen Facetten einer allgemeinen Impfpflicht beschäftigt. Neben den notwendigen medizinischen Abwägungen wurden in diesem Zusammenhang gleichfalls die vielen Fragen bezüglich der praktischen Umsetzung diskutiert. Nach Abschluss des Entscheidungs- und Abwägungsprozesses brachte die Union einen eigenen Antrag in den Bundestag ein.

Die Union fordert u.a. ein Impfregister. Dieses hätte den Vorteil, bei entsprechender Gefahrenlage mit einem Stufenmodell flexibel und sinnvoll reagieren zu können.

Aufbau eines Impfregisters sinnvoll

Angesichts der immer neuen, verschieden infektiösen und unterschiedlich gravierenden Virusvarianten braucht es einen noch flexibleren Schutz, um unser Land gegen künftige Pandemiewellen zu wappnen. Deshalb ist es das Ziel der CDU/CSU, möglichst rasch ein Impfregister aufzubauen. Damit soll der Gesetzgeber eine solide Datenbasis über den Impfstatus der Bürgerinnen und Bürger erhalten. Ebenfalls böte ein solches Impfregister in Zukunft weitaus besser die Möglichkeit, Nicht-Geimpfte gezielter ansprechen und für eine Impfung werben zu können.

> YVONNE MAGWAS:
>
> *„Es wäre ein Zeichen von Führungsstärke gewesen, wenn die Bundesregierung einen eigenen Gesetzentwurf eingebracht hätte.“*

Stufenmodell mit drei Schritten

Im Falle einer neuen Covid-Welle soll der Bundestag dann je nach Gefährlichkeit und Übertragbarkeit der Virusvariante einen Impfmechanismus als Stufenmodell in Gang setzen können. Im Rahmen der ersten im Antrag vorgesehenen Stufe würde zunächst die Impfpflicht für nicht ausreichend geschützte Personen über 60 Jahren gelten. In einem zweiten Schritt würde sich die Impfpflicht auf den Personenkreis von Personen ab 50 Jahren erweitern. In einem dritten Schritt würden Personen der sogenannten kritischen Infrastruktur in den Blick genommen werden. Damit sind die Beschäftigten wie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Schulen, Kitas und bei der Polizei gemeint.

Ampel verzichtete auf eigenen Entwurf

Die Ampel-Koalition bringt dagegen keinen eigenen Entwurf ein. Sie vertraut darauf, dass sich eine Mehrheit im Bundestag für einen der zur Abstimmung stehenden Anträge finden wird. „Leider sehen wir hier, dass die amtierende Bundesregierung sich in einer solch zentralen Frage des Gesundheitsschutzes unserer Bevölkerung nicht festlegen kann oder festlegen will. Es wäre ein Zeichen von Führungsstärke gewesen, wenn die Bundesregierung einen eigenen Gesetzentwurf eingebracht hätte. Die Union wird dagegen ihrer Verantwortung gerecht“, sagt Yvonne Magwas.

NEUES AUS BERLIN

Gewalt gegen Frauen ist wachsendes Problem: Bestandsaufnahme zum Internationalen Frauentag

Der Internationale Frauentag am 8. März ist immer ein guter Anlass, um die aktuelle Situation der Frauen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft anzuschauen, Schlüsse daraus zu ziehen und Perspektiven zu entwickeln. Yvonne Magwas nahm an verschiedenen Veranstaltungen teil.

In den vergangenen 100 Jahren haben Frauen in Sachen Wahlrecht, Gleichberechtigung und Emanzipation viel erreicht. Mit dem Internationalen Frauentag am 8. März wird dies gefeiert sowie die aktuelle Lage von Frauen bewertet. Yvonne Magwas sprach dazu im Bundestag und besuchte im Vogtland als auch bundesweit Frauen in Unternehmen, Kommunen und der Politik. Fazit: Es gibt noch viel zu tun.

Hass und Hetze im Netz gefährdet Teilhabe

Anlässlich des Internationalen Frauentags fand im Deutschen Bundestag eine Plenardebatte statt. Bundestagsvizepräsidentin Yvonne Magwas sprach in ihrer Rede die wachsende Gewalt gegen Frauen in der analogen und insbesondere der digitalen Welt an. „Vor allem politisch aktive Frauen sind Ziel von Herabwürdigung und Bedrohung“, so Yvonne Magwas. 77 Prozent der Politikerinnen auf Landesebene und 98 Prozent auf Bundesebene haben diese Erfahrung bereits gemacht. Zudem haben sich die Straftaten gegen

> YVONNE MAGWAS:
>
> *„Ich sehe die große Gefahr, dass sich Frauen aus dem Netz zurückziehen oder ihre politischen Ambitionen fallen lassen. Damit steht unsere Demokratie auf dem Spiel!“*

Amts- und Mandatsträger in den vergangenen vier Jahren fast verdreifacht. „Ich sehe die große Gefahr, dass sich Frauen aus dem Netz zurückziehen oder ihre politischen Ambitionen fallen lassen. Gerade auf kommunaler und regionaler Ebene, wo wir nur 9,5 Prozent Landrätinnen und 10 Prozent Bürgermeisterinnen haben, ist das ein fatales Signal und großes

Der Deutsche Bundestag debattierte anlässlich des Internationalen Frauentags die aktuelle Situation der Frauen. Yvonne Magwas machte u.a. darauf aufmerksam, dass die analoge sowie digitale Gewalt gegen Frauen in den letzten Jahren drastisch zugenommen hat.

gesellschaftliches Problem“, so Yvonne Magwas. Lobend hob sie die Beschlüsse der Innenminister von Bund und Ländern hervor, eine frauenspezifischere Kriminalstatistik auf den Weg zu bringen sowie konsequenter gegen solche Straftaten vorzugehen. Mit dem Netzwerkdurchsetzungsgesetz hat die Union in den letzten Jahren ein wichtiges Instrument zur Bekämpfung von Hetze im Netz beschlossen. „Hier dürfen wir nicht rückwärts gehen“, kritisierte sie in Richtung Ampel-Regierung und deren Pläne, Ermittlungsbefugnisse der Behörden zu beschneiden. „Wir brauchen eben gerade ein Mehr und nicht ein Weniger an Ermittlungsbefugnissen - und mehr Personal“, betonte Yvonne Magwas. Zudem sprach sie sich angesichts der rasant steigenden Zahlen des Bundeskriminalamts dafür aus, ernsthaft über eine Klarnamenpflicht im Internet zu diskutieren.

Corona ist auch eine Krise der Frauen

Ein wichtiger Punkt ist auch die Rolle der Frauen in der Corona-Pandemie. Es hat sich herausgestellt, dass Frauen besonders schwer durch die Einschränkungen der Pandemie belastet wurden. Frauen haben im Lockdown, Homeoffice und die Betreuung der Kinder

Lesen Sie weiter auf der nächsten Seite. >

NEUES AUS BERLIN

übernommen. Zudem waren ihre Arbeitsplätze besonders betroffen. In Schule und Kita waren sie dem Virus in besonderem Maße ausgesetzt. Auch im Gesundheitswesen, in dem überwiegend Frauen arbeiten, wurde eine Hauptlast der Pandemie geschultert. Im privaten Bereich wurden Frauen und Mädchen vermehrt Opfer von häuslicher und sexualisierter Gewalt. „Corona ist eine Krise der Frauen und daraus müssen wir unsere Schlüsse ziehen“, so Yvonne Magwas. Die Union fordert u.a. eine bundesweit einheitlich geregelte Vergütung in der Erzieherausbildung, eine gezielte Vorratsdatenspeicherung im Kampf gegen sexualisierte Gewalt gegen Kinder sowie gute tariflich vergütete Jobs für Frauen.

Netzwerken im Vogtland

Am Standort Treuen war Yvonne Magwas zu Gast bei den GOLDBECKerinnen, einem Netzwerk, dem sich alle Frauen beim international tätigen Bauunternehmen GOLDBECK anschließen können. 2014 gegründet in Bielefeld, ist das Netzwerk inzwischen deutschlandweit vertreten und erreicht zunehmend internationale Kolleginnen. In einer männlich dominierten Branche unterstützt das Unternehmen proaktiv die Entwicklung weiblichen Führungskräftenachwuchses. So ermöglicht GOLDBECK u.a. eine Führungsposition in Teilzeit auszuüben. Yvonne Magwas lobte die Initiative: „Das ist vorbildlich. Doch in vielen Unternehmen geht es leider nicht ohne Vorgaben.“ So hat die Politik, nachdem die freiwillige Selbstverpflichtung von Unternehmen nicht funktioniert hatte, eine Quote für Aufsichtsräte und Vorstände eingeführt. Dies alles nur für große Unternehmen, nicht für den Mittelstand. „Ebenso wichtig ist aber das Setzen von Anreizen“, so Yvonne Magwas. „Wir brauchen eine gute Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Führen in Teilzeit oder Mutterschutz auch für Vorstandsfrauen.“

Mehr Frauen in die Politik

Auf den ersten Rottenburger Frauentagen sprach Yvonne Magwas die Rolle der Frau in der Politik an. Es sind nur 34,7 Prozent der Abgeordneten im Deutschen Bundestag weiblich. „Hätten wir Parität, dann würde davon die Akzeptanz unserer parlamentarischen Demokratie profitieren, und die politischen Entscheidungen würden besser werden“, ist sich Yvonne Magwas sicher. Geeignete Mittel für mehr politische Teilhabe von Frauen sind einerseits Familie

Yvonne Magwas war rund um den Internationalen Frauentag am 8. März unterwegs: Mit Gründerinnen in Saarbrücken (oben), auf der Podiumsdiskussion „Starke Frauen“ der Rottenburger Frauentage (unten links), mit GOLDBECKerinnen in Treuen (Mitte rechts) und zum Ladies Talk mit CDU-Politikerin Nadine Schön sowie Vorsitzender der FU Saar Anja Wagner-Scheid (unten rechts)

und politische Arbeit leichter miteinander vereinbar zu machen, andererseits das Thema Quoten bei Wahlen voranzubringen. Aus aktuellem Anlass betonte Yvonne Magwas die Notwendigkeit von Hilfe und Solidarität für ukrainische Frauen und Kinder. „Sie sind es, die besonders häufig Ziel und Opfer von Gewalt im Krieg und auf der Flucht sind“. Die Ehrenamtlichen leisten hier eine großartige Arbeit. Außerdem braucht es eine gute Aufnahme- und Integrationsstrategie von Bund, Ländern und Kommunen. „Wir brauchen endlich einen zentralen Krisenstab im Kanzleramt und einen nationalen Flüchtlingsgipfel“, kritisiert Yvonne Magwas die Passivität der Ampel-Regierung.

Gerechtere Bezahlung notwendig

Ein entscheidender Punkt bei der Gleichberechtigung ist die Lohngerechtigkeit. Die derzeitige Lohnlücke zwischen Männern und Frauen liegt derzeit bei 18 Prozent. Unter dem Motto „Equal pay 4.0“ macht der diesjährige Equal Pay Day am 7. März darauf aufmerksam, dass auch in der digitalen Arbeitswelt die Lohndiskriminierung fortgeführt wird. „Wir müssen Frauen besser an digitalen Weiterbildungsangeboten beteiligen, Frauen in Entwicklung und Umsetzung mobiler Arbeitsprozesse stärker einbeziehen sowie darauf hinwirken, dass Frauen vermehrt in zukunftsträchtigen IT-Bereichen tätig sind“, so Yvonne Magwas.

NEUES AUS BERLIN

Als Vizepräsidentin im Gespräch mit der Welt: Yvonne Magwas empfängt erste Antrittsbesuche

Als Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages trifft Yvonne Magwas regelmäßig Politiker und Diplomaten aus aller Welt. In den ersten Monaten ihres Amtes führte sie Gespräche mit vielen hochrangigen Vertretern zu aktuellen weltpolitischen Fragen.

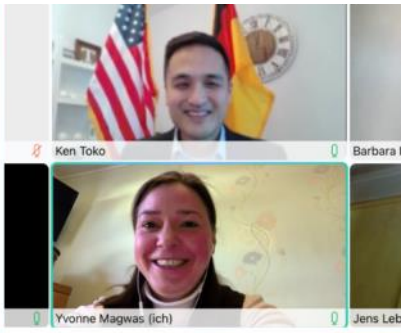
Es ist gute Tradition, dass Botschafter das Gespräch mit den Präsidiumsmitgliedern des Deutschen Bundestages suchen. Aber auch Parlamentspräsidenten anderer Länder besuchen immer wieder den Bundestag. Yvonne Magwas sprach beispielsweise bereits mit Vertretern aus Österreich, Taipeh sowie den USA.

Gespräche mit Österreich über Impfpflicht

Im Januar begrüßte Yvonne Magwas den Präsidenten des österreichischen Nationalrates Wolfgang Sobotka zu einem Vier-Augen-Gespräch. Sobotka, ÖVP-Mitglied und früherer österreichischer Innenminister, informierte über die in Österreich in jenen Tagen gerade beschlossene allgemeine Impfpflicht. Beide sprachen über mögliche das Impfen begleitende Anreize wie eine Impflotterie und über Hürden bei der Einführung. „All dies sind wichtige Informationen und Anhaltspunkte für mich, wenn wir Anfang April im Bundestag über eine allgemeine Impfpflicht in Deutschland abstimmen werden“, so Yvonne Magwas.

Austausch zur Situation in Taiwan

Über weltpolitische Fragen hat sich Yvonne Magwas im Februar mit dem Repräsentanten Taiwans und Leiter der Taipeh-Vertretung in Deutschland, Prof. Jhy-Wey Shieh, ausgetauscht. Deutschland unterhält keine formalen diplomatischen Beziehungen mit der Regierung in Taipeh. Trotzdem sind die Kontakte gut und eng. Die Volksrepublik China droht Taiwan seit Jahren mit einer Annexion. Regelmäßig verletzen chinesische Kampfflugzeuge die taiwanische Luftverteidigungszone. „Ohne schon zu wissen, dass acht Tage später Russland die Ukraine überfallen würde, haben wir uns eingehend über diese politische Krise und die Rolle Deutschlands unterhalten. Prof. Shieh zog Parallelen zu seinem Heimatland.



Yvonne Magwas empfängt als Bundestagsvizepräsidentin internationalen Besuch: Den Repräsentanten Taiwans und Leiter der Taipeh-Vertretung in Deutschland Prof. Jhy-Wey Shieh (oben links), den US-Generalkonsul für Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen Ken Toko (oben rechts) sowie den Präsidenten des österreichischen Nationalrates Wolfgang Sobotka (unten).

Deutsch-amerikanische Beziehungen

Die Beziehungen zu den Vereinigten Staaten standen im Mittelpunkt des Antrittsgesprächs des US-Generalkonsuls für Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen, Ken Toko, im März. Er und Yvonne Magwas verabredeten, den Jugend- und Lehreraustausch zwischen den USA und Sachsen zu vertiefen und dabei das Vogtland und den ländlichen Raum stärker einzubeziehen. Yvonne Magwas informierte Konsul Toko darüber, dass sie im Rahmen des Parlamentarischen Patenschafts-Programm des Bundestages jedes Jahr eine Schülerin aus dem Vogtland für ein Austauschjahr in Amerika auswählt. Der Konsul möchte die diesjährige Schülerin Ende April in Klingenthal persönlich treffen. „Diese Austauschprogramme gerade für junge Menschen und Angehörige sozial schwächerer Familien halte ich für ein sehr wichtiges Mittel der Demokratiestärkung und Horizonterweiterung unserer Bürgerinnen und Bürger“, so Yvonne Magwas. Sie sprach mit dem Konsul auch über die negative Rolle der AfD in Sachsen und mögliche Druckmittel auf Präsident Putin.

NEUES AUS BERLIN

Neues Zukunftszentrum des Bundes geplant: Yvonne Magwas setzt sich für Standort Plauen ein

Bundestagsabgeordnete Yvonne Magwas wirbt dafür, dass das geplante „Zukunftszentrum für Europäische Transformation und Deutsche Einheit“ des Bundes in Plauen errichtet wird. Es kann einen wichtigen Beitrag zur Entwicklung der Region als auch gegen antidemokratische Tendenzen leisten.

Bis 2027 soll auf Vorschlag der Regierungs-Kommission „30 Jahre Friedliche Revolution und Deutsche Einheit“ ein Zukunftszentrum in Ostdeutschland gebaut werden. Das Zentrum soll sich mit den Erfahrungen und Veränderungen der letzten 30 Jahre beschäftigen, aber auch ein Brückenschlag in die Zukunft sein. Bundestagsabgeordnete Yvonne Magwas macht sich dafür stark, dass das geplante „Zukunftszentrum für Europäische Transformation und Deutsche Einheit“ in Plauen gebaut wird.

Wenn es nach Yvonne Magwas geht, soll das neue „Zukunftszentrum für Europäische Transformation und Deutsche Einheit“ in Plauen stehen. Dafür macht sie sich auf Bundesebene stark.

Plauen erfüllt die Standort-Kriterien voll

In einem Schreiben an den neuen Ostbeauftragten der Bundesregierung Staatsminister Carsten Schneider MdB wirbt Yvonne Magwas für den Standort Plauen nicht nur als Wiege der Friedlichen Revolution, sondern auch als Stadt, die beispielhaft für die Transformation in deren Folge und der der Deutschen Einheit steht. Carsten Schneider ist Thüringer.

> YVONNE MAGWAS:
>
> *„Das Zentrum kann mitwirken, die künftige Entwicklung zu fördern - auch im Sinne eines Beitrages zur Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse.“*

„Plauen erfüllt die Standort-Kriterien umfänglich. Insbesondere besteht für die Stadt und die Region auch ein besonderer struktur- und regionalwirtschaftlicher Bedarf. Das Zentrum kann hierbei mitwirken, die künftige Entwicklung zu fördern - auch im Sinne eines Beitrages zur Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse“, argumentiert Yvonne Magwas in ihrem Unterstützungsschreiben an Staatsminister Schneider.

Antidemokratischen Tendenzen entgegenwirken

Gleichzeitig betont Yvonne Magwas einen anderen wichtigen Aspekt: „Leider versucht heute insbesondere die rechtsradikale Partei ‚III. Weg‘ die historische Leistung der Plauenerinnen und Plauener, Vogtländerinnen und Vogtländer zu vereinnahmen und umzudeuten. Die Zivilgesellschaft und demokratische Kommunalpolitik will dies nicht zulassen. Das Zentrum könnte auch dafür ein entscheidender Baustein sein“, so Yvonne Magwas.

Um sich ein genaueres Bild machen zu können, hat Yvonne Magwas gemeinsam mit dem Plauener Oberbürgermeister Steffen Zenner den Ostbeauftragten der Bundesregierung für den 9. Mai 2022 nach Plauen für weitere Gespräche eingeladen.

Im Laufe des Jahres 2022 will die Bundesregierung im Rahmen eines Wettbewerbes über den Standort entscheiden. Zunächst werden im Frühjahr die Bewerbungs- und Auswahlkriterien für die Standortvergabe vom Bundeskabinett erarbeitet. Neben der Stadt Plauen haben sich beispielsweise die Städte Frankfurt an der Oder, Jena, Eisenach und Cottbus beworben.

NEUES AUS BERLIN

104 Mio. Euro Fördermittel fließen ins Vogtland: KfW-Bank zieht Bilanz für das Jahr 2021

Das Fördervolumen der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) liegt im Jahr 2021 weiterhin auf einem hohen Niveau, ist aber im Vergleich zum Krisenjahr 2020 zurückgegangen. Menschen und Mittelstand profitieren im Vogtland mit rund 104 Mio. Euro.

Auch 2021 hat die KfW-Bank den vogtländischen Unternehmen in der Corona-Krise wirkungsvoll zur Seite gestanden. Der vogtländische Mittelstand erhielt 58,5 Mio. Euro (216 Kredite). Dabei waren die Corona-Unternehmerkredite mit 11,6 Mio. Euro (38 Kredite) im Vergleich zum Vorjahr rückläufig.

Starke Nachfrage bei Energieeffizienz

Eine starke Fördernachfrage gab es bei Klimawandel und Umwelt sowie Energieeffizienz und erneuerbarer Energien. Dazu gehörte beispielsweise auch die gewerbliche und private Ladeinfrastruktur sowie die energieeffiziente Wohnraumnutzung. Mittelstand, private Kunden als auch Kommunen erhielten insgesamt 36,4 Mio. Euro in diesen Bereichen. Beim leider auslaufenden Baukindergeld wurden im Vogtland insgesamt 244 Anträge auf Zuschuss mit einer Gesamtfördersumme von 5,1 Mio. Euro bewilligt. Insgesamt wurden im Jahr 2021 KfW-Fördermittel in Höhe von 103,9 Mio. Euro (2.143 Kredite/Zuschüsse) an vogtländische Unternehmen, Bürgerinnen und Bürger sowie Kommunen vergeben.

„Es ist gut, dass die Ampelregierung auf Druck der Union den Förderstopp der KfW-Förderung für energieeffizientes Bauen Anfang des Jahres teilweise zurückgenommen hat. Ihre Aufgabe ist es, auch in Zukunft Häuslebauern eine verlässliche Antwort und Perspektive aufzuzeigen, wenn es um energieeffiziente Bauen und Wohnen geht“, so Yvonne Magwas.

Ob des Ukraine-Kriegs hat die KfW zudem ihr zinsverbilligtes Kreditprogramm zur Unterstützung von Städten und Gemeinden zur Unterbringung von Geflüchteten um 250 Mio. Euro aufgestockt. Das Volumen beträgt somit 500 Mio. Euro.

YVONNE MAGWAS:

„Mittelstand, Bürgerinnen und Bürger sowie Kommunen im Vogtland profitieren von der Förderbank und werden bei den Herausforderungen der Zukunft wie Klimawandel, Digitalisierung sowie Innovationsfähigkeit unterstützt.“

Yvonne Magwas ist im ständigen Austausch mit dem vogtländischen Mittelstand: 216 Kredite in Höhe von 58,5 Mio. Euro flossen 2021 in die mittelständische Wirtschaft im Vogtland.

KfW-Zahlen im Vogtlandkreis 2021

Mittelstandsbank:

- Innovation: 0,9 Mio. Euro
- Unternehmensinvestitionen: 23,2 Mio. Euro (126 Kredite)
- Gründungen: 30,7 Mio. Euro (30 Kredite)
- Umwelt und Nachhaltigkeit: 0,1 Mio. Euro
- Energieeffizienz und erneuerbare Energien: 3,6 Mio. Euro (58 Kredite und Zuschüsse)

Privatkunden:

- Wohnen und Leben: 10,1 Mio. Euro (461 Kredite und Zuschüsse)
- Energieeffizienz und erneuerbare Energien: 27,1 Mio. Euro (1.457 Kredite und Zuschüsse)

Kommunale und soziale Infrastruktur:

- Öffentliche Infrastruktur: 2,5 Mio. Euro
- Energieeffizienz und erneuerbare Energien: 5,6 Mio. Euro

NEUES AUS BERLIN

Bundespräsident Steinmeier mit großer Mehrheit wiedergewählt: Starke Rede zu Frieden und Demokratie

Aus der Bundesversammlung im Februar ging erwartungsgemäß der amtsinhabende Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier als Sieger hervor. Neben SPD, Grünen und FDP hatte sich auch die Union für dessen Wiederwahl ausgesprochen.

Die Wahl konnte bereits im ersten Wahlgang mit 1045 Stimmen und damit absoluter Mehrheit entschieden werden. Gewählt wurde nicht wie üblich im Plenarsaal, sondern aufgrund der größeren Platzkapazität im Paul-Löbe-Haus. Steinmeier ist der fünfte Bundespräsident mit einer zweiten Amtszeit.

Yvonne Magwas gratuliert dem alten und neuen Bundespräsidenten Frank-Walter Steinmeier zur Wiederwahl.

Rede für den Frieden

Steinmeier wandte sich in seiner Rede direkt an den russischen Präsidenten. Er könne ihn nur warnen: "Unterschätzen sie nicht die Stärke der Demokratie!" Weiter appellierte er: "Lösen Sie die Schlinge um den Hals der Ukraine!". Die Stärke der Demokratie ist unter anderem, dass sie nicht die Konfrontation nach außen suche. Steinmeier betonte, Deutschland bekennt sich zu seinen Bündnisverpflichtungen. Ohne NATO und Europäische Union wäre ein Deutschland in Einheit und Freiheit nicht möglich. Der Aggressor ist Russland.

Zeichen gegen Antisemitismus, Rassismus und Hass: Bundestag gedenkt der Opfer des Nationalsozialismus

Der Deutsche Bundestag gedachte am 27. Januar den Opfern des Nationalsozialismus. Gemeinsam mit anderen europäischen Parlamenten wurde ein Zeichen gegen Antisemitismus, Rassismus und Hass gesetzt.

„Der Gedenktag ist uns allen Mahnung und Auftrag zugleich. Nie wieder dürfen wir Gräueltaten an Menschen zulassen, wie sie in der Zeit des Nationalsozialismus mit staatlichem Auftrag geschehen sind. Wir müssen gemeinsam für eine demokratische und pluralistische Gesellschaft eintreten“, fasste Yvonne Magwas die zentrale Botschaft des Gedenktages zusammen. Vertreterinnen und Vertreter aller demokratischen Parteien haben daran teilgenommen. Hintergrund für das Datum ist der 27. Januar 1945. Damals wurde das Vernichtungslager Auschwitz durch sowjetische Truppen in der finalen Phase des Zweiten Weltkrieges befreit. Die Vereinten Nationen haben diesen Tag 2005 zum Internationalen Tag des Gedenkens an die Opfer des Holocaust erklärt. In Deutschland würdigen wir die Millionen Opfer seit 1996. Jährlich an diesem Tag besonders.

NEUES AUS BERLIN

Ungeborenes Leben schützen: Union gegen Werbung für Schwangerschaftsabbrüche

Die Ampel-Regierung will das Werbeverbot für Schwangerschaftsabbrüche streichen. Damit öffnet sie Tür und Tor für eine Bagatellisierung von Abtreibungen und ärztliche Geschäftsmodelle.

Das Bundeskabinett der Ampel hat im März den Gesetzentwurf zur Aufhebung des §219a StGB (Werbung für den Abbruch der Schwangerschaft) beschlossen. Die Union wird in den anstehenden parlamentarischen Beratungen dagegen stimmen und ihren eigenen Antrag einbringen. Die Streichung des §219a StGB hilft Frauen nicht. Es gibt keinen Informationsmangel über Schwangerschaftsabbrüche in Deutschland, der beseitigt werden müsste. Ärzte dürfen auf ihrer Website auch heute schon auf Schwangerschaftsabbrüche hinweisen und Informationsangebote von Krankenkassen oder anderen Stellen verlinken. Offensiv werben dürfen sie für Schwangerschaftsabbrüche nicht. „Und das ist auch gut so“, sagt Yvonne Magwas.

Austarierter Kompromiss sinnvoll

Das Werbeverbot für den Schwangerschaftsabbruch ist ein wichtiger Teil des gut austarierten Kompromisses zwischen dem Schutz des ungeborenen Lebens und der freien Entscheidung der Frauen. Es gehört damit untrennbar zur Beratungslösung des §218a StGB. „Es ist falsch, dieses in der Vergangenheit in einem breiten gesellschaftlichen Konsens gefundene Gleichgewicht zu zerstören“, so Yvonne Magwas. Statt Werbung brauchen Frauen in einer solchen Situation einen geschützten Ort, eine ergebnisoffene Beratung und das Aufzeigen von Lösungen in einer vermeintlich ausweglosen Situation. Neben der Hilfe für die Frau muss der Staat zugleich auch Anwalt des ungeborenen Lebens sein. „Wenn in Zukunft nun für Schwangerschaftsabbrüche öffentlich geworben werden kann, öffnet das Tür und Tor für eine Bagatellisierung von Abtreibungen sowie ärztliche Geschäftsinteressen, die in diesem Bereich nichts verloren haben“, so Yvonne Magwas.

30 Jahre Enquete-Kommission zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

Mitte März hat der Bundestag an die Einrichtung der Enquete-Kommission zur Aufarbeitung der SED-Diktatur vor 30 Jahren erinnert. Aus der Arbeit resultierten Opferentschädigungen und Grundlagen für die Gedenkstättenkonzeption.

„Der SED-Staat war eine Diktatur. Die Hauptverantwortung für das Unrecht, das von diesem System begangen wurde, trägt die SED. Die politisch-moralische Verurteilung der SED-Diktatur bedeutet keine Verurteilung der ihr unterworfenen Menschen, im Gegenteil.“ Zu diesen zentralen Aussagen hat sich der Deutsche Bundestag in der Debatte der Ergebnisse der ersten Enquete-Kommission zur Aufarbeitung der SED-Diktatur im Jahr 1994 bekannt. Als sich nach zwei Jahren zeigte, dass die Arbeit noch nicht beendet werden konnte, beschloss der Bundestag die zweite Enquete-Kommission „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozess der deutschen Einheit“ einzurichten, die 1998 ihren Abschlussbericht vorlegte. Nach 30 Jahren hat nun der Bundestag an die wichtige Arbeit dieser beiden Enquete-Kommissionen erinnert.

Errungenschaften für Opfer

Zu den wichtigsten Errungenschaften der zweiten Enquete-Kommission zählt ihre Beschäftigung mit den Opfern der kommunistischen Diktatur. Von ihren Handlungsempfehlungen zur Entschädigung dieser Opfer profitieren die Betroffenen bis heute. Und sie verhalf den Gedenkstätten zur gesellschaftlichen Akzeptanz und schuf wichtige Grundlagen für die Gedenkstättenkonzeption des Bundes. „Die Aufarbeitung der SED-Diktatur ist ein fortdauernder Prozess und eine zentrale Aufgabe des geeinten Deutschlands. Der Bundestag fühlt sich diesem Grundsatz bis heute verpflichtet“, so Yvonne Magwas.

NEUES AUS DEM VOGTLAND

Zeichen setzen gegen den Krieg: Benefizkonzert für die Ukraine in Auerbach

Ein bewegendes Benefizkonzert für Menschen der Ukraine fand am 25. März 2022 in der St. Laurentiuskirche Auerbach statt. Yvonne Magwas durfte ein Grußwort sprechen, bei dem sie versuchte, das Grauen und die Gefühle der Menschen dazu in Worte zu fassen.

Der Eintritt war frei. Dafür war das Publikum aufgerufen, für das Benefizkonzert für Menschen der Ukraine zu spenden. Ein Aufruf, dem zahlreich nachgekommen wurde! Über 500 Gäste und mehr als 70 Akteure auf der Bühne - darunter die Vogtland Philharmonie, der Auerbacher Kammerchor, die Old Socks und Silke Fischer mit Marie - setzten ein Zeichen gegen den Krieg Putins in der Ukraine und für Frieden.

Besondere historische Verantwortung

Dem Konzert wohnten auch Flüchtlinge aus der Ukraine bei. „Besonders die Frauen und Kinder, alte Menschen und Schwache brauchen jetzt unsere tätige Hilfe“, so Yvonne Magwas. In ihrer Ansprache betonte sie: „Es ist unsere besondere historische Verantwortung für uns Deutsche, den Ukrainern zu helfen. Denn Nazi-Deutschland hat im zweiten Weltkrieg gerade in der Ukraine besonders abscheulich gewütet.“

> YVONNE MAGWAS:
>
> *„Unsere Demokratie wird sich als stärker erweisen als Putin und alle Autokraten, gerade weil sie die Herrschaft des Volkes ist.“*

Völkerrechtsbruch durch Putin

Mit dem Einmarsch in die Ukraine hat der russische Präsident Putin einen durch nichts zu rechtfertigenden Völkerrechtsbruch begangen. Er ist damit zum Kriegsverbrecher und Diktator geworden, der unendliches Leid über die Ukrainerinnen und Ukrainer, aber auch über sein eigenes Volk bringt. Die Demokratien des Westens und der Ukraine haben nicht von sich aus den Konflikt mit Russland gesucht. Sie wollen friedliche Nachbarschaft und ein respektvolles Miteinander.

Mehr als 500 Menschen waren zum Benefizkonzert in die St. Laurentiuskirche Auerbach gekommen, um Solidarität mit der Ukraine zu zeigen und zu spenden. Auch Yvonne Magwas nahm teil und richtete das Wort an die Gemeinschaft.

Gewaltige Welle der Hilfsbereitschaft

Yvonne Magwas äußerte ihre feste Überzeugung: „Unsere Demokratie wird sich als stärker erweisen als Putin und alle Autokraten, gerade weil sie die Herrschaft des Volkes ist.“ Yvonne Magwas herzlicher Dank für die Initiative zu diesem großartigen Abend galt den Organisatoren Kirchenmusikdirektor Ulrich Meier und Philharmonie-Geschäftsführer Stefan Fraas. „Sie haben damit ein Musterbeispiel an bürgerschaftlichem Engagement und Einsatz für Menschen in Not gegeben. Vor allem aber bin ich sehr froh, dankbar und auch stolz über die gewaltige Welle der Hilfsbereitschaft in unserer Gesellschaft gegenüber den Flüchtlingen. Sie zeigt sich in Spenden und in Hilfsgütern, aber auch in spontanen Fahrten an die ukrainische Grenze, um Hilfslieferungen zu bringen oder Flüchtende in Empfang zu nehmen.“

NEUES AUS DEM VOGTLAND

Ein Jahr in Amerika: Yvonne Magwas benennt Klingenthalerin für Parlamentarisches Patenschaftsprogramm

Yvonne Magwas ist Patin einer jungen Vogtländerin, die nun ein Austauschjahr in Amerika verbringt und Botschafterin für ihre Heimat ist.

Im Rahmen des Parlamentarischen Patenschaftsprogramms des Bundestages (PPP) wird es für Leonie Eichelberger als Junior-Botschafterin des Vogtlandes im Sommer diesen Jahres für zehn Monate in die USA gehen. Dort wird die 16-jährige aus Klingenthal den Alltag an einer US-amerikanischen High-School erleben. Yvonne Magwas wird die Patin von Leonie sein und sie auf ihrem Weg begleiten.

Yvonne Magwas übernimmt die Patenschaft für Leonie Eichelberger aus Klingenthal. Sie geht im Rahmen eines Austauschprogramms des Bundestages für ein Jahr nach Amerika.

Bundestag ermöglicht Stipendium

„Leonie ist eine sehr engagierte und politisch sowie kulturell interessierte junge Frau, ich wünsche ihr eine schöne und lehrreiche Zeit in den Staaten“, sagt Yvonne Magwas. Das Parlamentarische Patenschaftsprogramm des Bundestages ermöglicht es jungen politisch interessierten Menschen seit 1983 über ein Stipendium ein Jahr in den USA zu leben. Die Bewerbungsfrist für das 40. PPP in 2023/24 beginnt am 2. Mai 2022.

Internationale Chursächsische Meisterkurse in Bad Elster: Yvonne Magwas übernimmt Schirmherrschaft

Ende Februar gingen die 8. Internationalen Meisterkurse in der Kultur- und Festspielstadt Bad Elster zu Ende. Yvonne Magwas hatte die Schirmherrschaft für die Veranstaltung übernommen.

An dem einwöchigen Kurs der Internationalen Chursächsischen Meisterkurse hatten auch im 8. Jahr rund 40 Nachwuchskünstler aus u.a. Österreich, Spanien, Frankreich, der Schweiz und Deutschland teilgenommen. Hochkarätige Dozenten wie Peter Bruns, Heime Müller und Pauline Sachse konnten gewonnen werden. Gern übernahm Yvonne Magwas die Schirmherrschaft. „Förderprojekte wie die Meisterkurse sind wertvoll für die Entwicklung der zukünftigen Profimusiker der Klassik“, so Yvonne Magwas.

Zum Abschlusskonzert der Chursächsischen Philharmonie kamen Dozenten und Preisträger gemeinsam mit dem Generalmusikdirektor Florian Merz (rechts) auf der Bühne zusammen.

Profi-Musiknachwuchs im Vogtland

In den Kursen wurden Werke erarbeitet, beim Abschlusskonzert dann die besten Ergebnisse der Nachwuchstalente vorgetragen. Die Besten wurden mit einem Preisgeld in Höhe der Hälfte der Kursgebühr geehrt. „Herzlichen Dank an Florian Merz, der in diesem Jahr wieder den nationalen und internationalen Profi-Musiknachwuchs ins Vogtland geholt hat“, so Yvonne Magwas.

NEUES AUS DEM VOGTLAND

Eine andere Unterrichtsstunde: Yvonne Magwas besucht das Goethe-Gymnasium in Auerbach

Im Rahmen eines Schulbesuchs des Goethe-Gymnasiums in Auerbach kam Yvonne Magwas mit Abiturienten ins Gespräch und diskutierte eine Vielzahl an Themen.

Rede und Antwort stehen hieß es für Yvonne Magwas zur ersten Stunde Gemeinschaftskunde Mitte März am Auerbacher Goethe-Gymnasium. Sie diskutierte mit Schülerinnen und Schülern der Klassen 11 und 12 über ihre neue Aufgabe als Bundestagsvizepräsidentin sowie über tagespolitische Themen wie den Krieg in der Ukraine.

Diskussion zur Wehrpflicht und Energie

Ein Thema, das die Auerbacher Gymnasiasten auch in Zusammenhang mit dem Krieg in der Ukraine besonders umtrieb, war die Debatte rund um die mögliche Wiedereinführung der Wehrpflicht. Hierbei machte Yvonne Magwas deutlich, dass sie eine Wiedereinführung nicht für sinnvoll halte. „Die Wehrpflicht hat in der Vergangenheit gezeigt, dass sie nicht zu einer Erhöhung der Soldatenzahlen beiträgt, da viele junge Männer nicht eingezogen werden können oder stattdessen Zivildienst leisten“, so Yvonne Magwas. Demnach helfe eine Wehrpflicht nicht, die Bundeswehr einsatzfähiger zu machen. Vielmehr müssen das allseits bekannte Beschaffungsproblem und die langen Entwicklungszeiträume für die entsprechend benötigte Technik gelöst werden.

> YVONNE MAGWAS:
>
> *„Einen guten Austausch mit der Jugend halte ich für außerordentlich wichtig, denn auch sie wollen Antworten von der Politik auf die Krisen und Probleme in unserer Welt.“*

Zudem beschäftigte die Schülerinnen und Schüler die auch mit dem Ukraine-Krieg verbundenen exorbitant steigenden Preise für Kraftstoffe und Energie. „Entscheidend ist hier die Senkung von Steuern, etwa bei der Mehrwert-, Öko- und Mineralölsteuer,“ sagte Yvonne Magwas. So könne man Autofahrer und Familien sowie Unternehmen entlasten. Weitere Themen waren der ländliche Raum und die Frage nach der Gleichstellung der Geschlechter. „Einen guten Austausch mit der Jugend halte ich für außerordentlich wichtig, denn auch sie wollen Antworten von der Politik auf die Krisen und Probleme in unserer Welt“, so Yvonne Magwas.

Kuchenbasar für Kriegsflüchtlinge

Nach der Diskussion fand ein Kuchenbasar im Flur des Goethe-Gymnasiums statt. Die Einnahmen aus der Aktion werden für Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine gespendet. Yvonne kaufte gern vom Selbstgebackenem der Schülerinnen und Schüler und lobte deren Engagement: „Herzlichen Dank für das gute Gespräch und den Einsatz für Menschen in Not und den gesellschaftlichen Zusammenhalt.“

NEUES AUS DEM VOGTLAND

Erfolgreicher Automobilzulieferer in der Region: Firmenbesuch bei BINZ Automotive in Plauen

Yvonne Magwas hat die Niederlassung von BINZ Automotive in Plauen besucht und ein Unternehmen mit hoch motiviertem Team kennengelernt.

Im Februar besuchte Yvonne Magwas die neue Niederlassung von BINZ Automotive in Plauen, die sich seit 2020 am ehemaligen Standort von MAN befindet. Am Plauener Standort setzt man auf Wachstum und Erweiterung zum Wohle der Region. Das erfuhr Yvonne Magwas im Gespräch mit Geschäftsführerin Cathrin Wilhelm. „Frau Wilhelm ist eine anpackende Frau, die mit ihrer Vision die Lücke hier im Vogtland nach der Entscheidung von MAN bestens füllen kann. Ich unterstütze gern, wo ich kann“, so Yvonne Magwas.

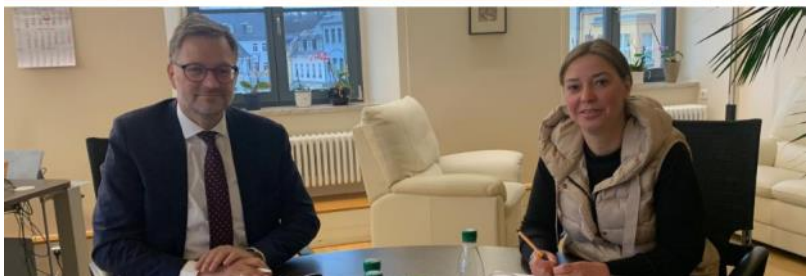
Ausstatter für Sonderfahrzeuge

Das Unternehmen BINZ hat neben seinem Hauptwerk in Ilmenau in Thüringen und der Niederlassung in Plauen ein weiteres Werk in Plüderhausen in Baden-Württemberg. Das Unternehmen stattet vor allem Sonderfahrzeuge wie Krankenwagen, Behördenfahrzeuge und Medizin-Container aus. 2019 hatte das Unternehmen 200 Mitarbeiter, 2020 verzeichnete es einen Jahresumsatzrekord von 50 Mio. Euro.

Das Ohr an den Gemeinden: Yvonne Magwas führt Gespräche mit Bürgermeistern

Yvonne Magwas ist der kontinuierliche Austausch mit den Akteuren vor Ort im Vogtland wichtig. Deshalb traf sich die Bundestagsabgeordnete jüngst zu Bürgermeistergesprächen.

Mit dem Bürgermeister von Bad Elster Olaf Schlott sprach Yvonne Magwas über aktuelle Vorhaben der Stadt, wie zum Beispiel den Breitbandausbau. „Das sind Vorhaben, die ich als Abgeordnete im Bund unterstützen kann und natürlich will. Bad Elster ist immer eine Reise wert, nicht nur für Touristen oder Kurgäste. Danke für das gute Miteinander“, so Yvonne Magwas.
Mit dem Oberbürgermeister von Reichenbach Raphael Kürzinger traf sich Yvonne Magwas ebenfalls zum Gespräch. „Natürlich haben wir intensiv über das Kältekompetenzzentrum gesprochen. Hier kommen wir gut voran, die beteiligten Partner arbeiten gut zusammen“, so Yvonne Magwas.



Arbeiten gut zusammen: Bürgermeister Olaf Schlott (oben) sowie Oberbürgermeister Raphael Kürzinger (unten) im Gespräch mit Yvonne Magwas.

NEUES AUS DEM VOGTLAND

Zukunft für den Bahnhof Zwotental: Sondierungskreis trifft sich zum Gedankenaustausch

Der Sondierungskreis „Musikwinkelhaus“ hat sich jüngst im tschechischen Kraslice getroffen, um sich über die Sanierung und künftige Nutzung des Bahnhofs in Zwotental auszutauschen. Mit dabei auch Bundestagsabgeordnete Yvonne Magwas.

Der Bahnhof Zwotental zeichnet sich durch seine einzigartige Lage im Musikwinkel in der Grenzregion Deutschland/Tschechien aus. Die Bahnlinie verbindet die beiden Länder miteinander. Nun kamen deutsche und tschechische Vertreter in Kraslice zu einem Sondierungskreis zusammen, um über die künftige Nutzung zu sprechen.

Synergieeffekte für das Vogtland

Mit dem Bürgermeister der Stadt Kraslice Otakar Mika, der Bürgermeisterin von Schöneck Isa Suplie, Bundestagsabgeordneter Yvonne Magwas und Vertretern des Fördervereins „Obervogtländische Eisenbahn“, des Tourismusverbandes Vogtland, des Kraslicer Bahnmuseums, des LEADER Regionalmanagements und Euregio Egrensis besprach man künftige Nutzungsideen. Generell könnte der Bahnhof als Außenstelle des Kraslicer Eisenbahnmuseums, als kultureller Veranstaltungsort, als Unterkunft für Touristen oder auch als Bistro genutzt werden. Insbesondere für den vogtländischen Tourismus könnten Synergieeffekte bezüglich einer Stärkung der Bahnanbindung Zwickau/Plauen-Schöneck-Kraslice, des obervogtländischen Wandernetzes oder auch der Projekte Musicon Valley und I-Ma-Tech erzielt werden. Ebenso vorstellbar wäre ein deutsch-tschechisches Bildungsprojekt mit Thematisierung des Musikinstrumentenbaus.

Gemeinsame Tradition guter Anknüpfungspunkt

„Das Treffen war sehr konstruktiv. Alle waren sich einig, dass das alte Bahnhofsgebäude eine Chance verdient“, so Yvonne Magwas, die dem Förderverein „Obervogtländische Eisenbahn e.V.“ um Christoph Kopp für seine Initiative dankt. „Der Musikinstrumentenbau ist Teil der westböhmischen und der vogtländischen Kultur. Das ist ein guter Anknüpfungspunkt für ein Nutzungskonzept“, so Yvonne Magwas. Sie steht zudem für die deutliche Herausarbeitung des internationalen Gesichtspunktes bei einem Projekt solcher Größenordnung. In den nächsten Monaten soll daran weitergearbeitet werden.

NEUES AUS DEM VOGTLAND

Erweiterung des Angebots im Vogtland: Im Gespräch mit dem Vorstand der Verbraucherzentrale Sachsen

Die Verbraucherzentrale Sachsen hat sich in den letzten Jahren enorm weiterentwickelt. Davon profitieren vor allem ländliche Regionen wie das Vogtland. Yvonne Magwas sprach jüngst mit dem Vorstand.

Ein gutes Gespräch hatte Bundestagsabgeordnete Yvonne Magwas mit dem Vorstand der Verbraucherzentrale Sachsen e.V. Andreas Eichhorst und Kerstin Schulz. Die Verbraucherzentrale Sachsen hat sich in den vergangenen Jahren enorm weiterentwickelt, ist viele Kooperationen eingegangen. So ist zum Beispiel in Auerbach unter Leitung von Heike Teubner ein Kompetenzzentrum mit vielen Beratungsorganisationen unter einem Dach entstanden. Dazu gehören der Weiße Ring, die IG Metall, der Mieterverein Sachsen, Weißenberg e.V., der Betreuungs- und Vormundschaftsverein Göltzschtal sowie die Diakonie.

Beratung mit kurzen Wegen

Durch das Kompetenzzentrum in Auerbach verkürzen sich die Wege von Anlaufstelle zu Anlaufstelle. „Ein richtiger Weg aus meiner Sicht. Auch die mobile Beratung wird intensiviert. Das ist vor allem für die ländlich geprägten Regionen, wie das Vogtland, enorm wichtig“, so Yvonne Magwas. Verbraucherzentralen sind für Bürger und Bürgerinnen unverzichtbar, wenn es um praxisnahe und niedrigschwellige Information, Beratung und rechtliche Unterstützung geht. „Ich unterstütze die Arbeit sehr gern und sehe die Verbraucherzentralen als wichtigen Partner meiner Arbeit an“, so Yvonne Magwas.

Yvonne Magwas hat in ihrem Auerbacher Bürgerbüro Andreas Eichhorst und Kerstin Schultz vom Vorstand der Verbraucherzentrale Sachsen e.V. zum allgemeinen Austausch empfangen.

Gutscheine für den Piks: Verbraucherzentrale in Auerbach startet Impfaktion

Mitte März hat die Verbraucherzentrale Sachsen e.V. in Auerbach eine Impfaktion durchgeführt und Menschen zum Impfen bewegt.

Auch Yvonne Magwas hatte die Impfaktion der Verbraucherzentrale Auerbach am 11. März zwischen 10 und 14 Uhr unterstützt und beworben: „Schützen Sie sich und Ihre Lieben. Nutzen Sie die Möglichkeit und kommen Sie vorbei“, so die Bundestagsabgeordnete. Zusätzlich erhielten die Impfwilligen einen Beratungsgutschein für eine Erstberatung aus den Themenbereichen Recht und Verträge oder Finanzen und Versicherungen. Das Angebot wurde sehr gut genutzt. „Eine tolle Aktion der Verbraucherzentrale, um die Impfquote zu erhöhen“, so Yvonne Magwas.

Yvonne Magwas warb im Vorfeld für die Impfaktion der Verbraucherzentrale Sachsen e.V. in Auerbach.

NEUES AUS BERLIN

Besondere Einblicke: Mein vierwöchiges Praktikum bei der Bundestagsabgeordneten Yvonne Magwas

von Finn Schuster

Einmal den bundespolitischen Alltag in Berlin erleben. Dieses Ziel hatte ich schon lange. Und genau das konnte ich jetzt im Februar erleben.

An meinem ersten Tag bekam ich eine Führung durch den Bundestag, viele Gänge, Räume und Kunstwerke kannte man aus dem Fernsehen und gerade dadurch war es interessant, dies einmal live mitzuerleben. Beeindruckt hat mich die Weite des Plenarsaals im Reichstagsgebäude. Durch die Kameras aufgenommen, wirkt dieser Raum größer als er eigentlich ist.

Meine Arbeitsfelder waren spannend und abwechslungsreich. So war eine meiner ersten Aufgaben, einen Social-Media-Post zu entwickeln und zu gestalten. Ganz besonders hat mir daran gefallen, dass ich selbstständig passende Konzepte entwickeln konnte. Hier standen mir die umfassenden Möglichkeiten der Häuser offen. Die Bibliothek des Deutschen Bundestages sowie weitere Abgeordnetenbüros lernte ich so kennen. Auch konnte ich Frau Magwas bei ihren Terminen als Vizepräsidentin begleiten. So zum Beispiel, als der taiwanesische Repräsentant zum Antrittsbesuch im Jakob-Kaiser-Haus erschienen ist. In dem Gespräch ging es unter anderem um die derzeitigen Situationen in Taiwan und Deutschland.

> **FINN SCHUSTER:**
>
> *„Beeindruckt hat mich die Weite des Plenarsaals im Reichstagsgebäude.“*

In der 17. Sitzung des Deutschen Bundestages ging es beispielsweise um den Internationalen Frauentag am 8. März. Auch Frau Magwas hat zu diesem Thema eine Rede gehalten. Diesen Tagesordnungspunkt durfte ich mir auf der Besuchertribüne des Plenarsaals ansehen. Interessant hierbei war, wie deutlich man die Zwischenrufe der einzelnen Fraktionen, bei dieser doch recht hitzigen Debatte miterleben konnte.

Finn Schuster aus Jößnitz absolvierte im Februar und März ein vierwöchiges Praktikum bei Yvonne Magwas im Berliner als auch im Auerbacher Büro. Der 19-jährige Vogtländer befindet sich zwischen Abitur und Studium/Ausbildung und nutzt die Zeit für die Vertiefung seiner politischen Kenntnisse.

Die Coronapandemie hält weiter an und macht auch vor dem Bundestag nicht halt. Neben dem Tragen einer Maske, dem Abstand halten und dem Testen aller zwei Tage, werden viele Veranstaltungen derzeit online einberufen. Das ist zum einen schade, denn öffentliche Ausschusssitzungen kann man so nicht direkt miterleben und auch nicht dessen Arbeitsweise mitbekommen. Aber es bietet einem auch Chancen, denn kleinere Meetings können schnell und unkompliziert eingerichtet werden, auch wenn die Mitarbeiter an einem anderen Ort sind. Wie zum Beispiel bei einem Jour Fixe der CDU/CSU-Fraktion zum Thema Social Media, bei dem ich teilgenommen habe.

Meine letzte Woche des Praktikums verbrachte ich dann im Vogtland. Im Wahlkreisbüro in Auerbach waren meine Aufgaben ähnlich wie die in Berlin. Recherchen für die Arbeit von Frau Magwas sind bei meinem Praktikum unumgänglich geworden und haben mit zu den interessantesten Aufgaben gehört. Gerade für öffentliche Reden ist es wichtig, Daten und Fakten herauszufinden und zu filtern, welche Punkte für die Rede von Bedeutung sind.

NEUES AUS DEM VOGTLAND

Blut- und Plasmaspende überlebensnotwendig: Haema-Spendenzentrum in Plauen feiert 20. Geburtstag

Das Blut- und Plasmaspendezentrum der Haema AG in Plauen feierte sein 20-jähriges Bestehen. Yvonne Magwas gratulierte vor Ort und nahm die Anliegen der Einrichtung mit nach Berlin.

Auch während der Pandemie haben die 21 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Haema Blut- und Plasmaspendenzentrums in Plauen trotz der herausfordernden Situation im medizinischen Bereich ohne Kurzarbeit durchgehalten und die Einrichtung offen gehalten. Gerade nach den Lockdowns gab es einen Mehrbedarf an Blutspenden von bis zu 30 Prozent. „Das ist vorbildlich und ich danke Ihnen dafür sehr“, lobte Yvonne Magwas, die das Zentrum im Rahmen der Geburtstagswoche „20 Jahre Haema Plauen“ besuchte.

Ehrung von langjähriger Spenderin

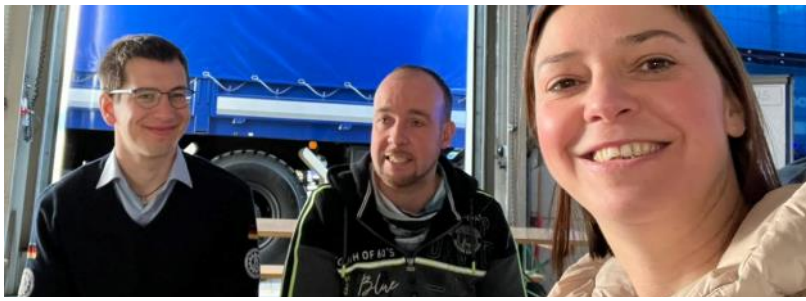
Eine ganz besondere Ehrung wurde Ina Voigt aus Plauen zuteil. Sie feierte ebenso Jubiläum, denn in zwanzig Jahren hatte sie es auf unfassbare 538 Spenden gebracht. Yvonne Magwas überreichte Ina Voigt einen Präsentkorb: „Sie sind Vorbild und haben schon viele Leben gerettet.“ Im Gespräch mit Zentrumsmanagerin Frau Diepold und Frau Diebel aus der Leipziger Zentrale erfuhr Yvonne Magwas von der Wichtigkeit der Plasmaspende. Noch würden die meisten Leute Blut spenden. Dabei ist die Plasmaspende schonender und man kann öfter, bis zu 60 Mal im Jahr, spenden. Das Bewusstsein für diese Art der Spende müsse in der Bevölkerung geschärft werden. Yvonne Magwas versprach, das Anliegen aufzunehmen.

Yvonne Magwas gratulierte Ina Voigt aus Plauen zu 538 Blut-und Plasmaspenden in zwanzig Jahren. Hier spendet sie zum 539. Mal.

Vorstandswahlen und Mitgliederversammlung des THW Helfervereins

Der THW Helferverein hat sich coronabedingt seit Langem das erste Mal wieder zur Mitgliederversammlung und Vorstandswahl getroffen. Yvonne Magwas freute sich über den direkten Austausch.

„Jonathan Frank heißt der alte und neue Vorsitzende des Helfervereins des THW Reichenbach. Herzlichen Dank für Euer Tun. Gern bin ich Mitglied“, so Yvonne Magwas auf der Mitgliederversammlung, die nun endlich wieder vor Ort stattfand. In ihrem Grußwort betonte Yvonne Magwas, dass der kontinuierliche Einsatz in der Pandemie, während der Hochwasserkatastrophe im Sommer und nun im Zusammenhang mit dem Ukraine-Krieg deutlich zeigt, wie wichtig ein gut funktionierender Zivil- und Katastrophenschutz ist. Es ist daher wichtig, passende Antworten auf Zukunftsfragen wie den Klimawandel oder den demografischen Wandel, die die Arbeit des THW betreffen, zu finden. Der Helferverein hat in den vergangenen Jahren gut unterstützt, beispielsweise mit dem Bau eines Spielplatzes auf dem Gelände des THW.



Im Gespräch mit dem Vorstand des THW Reichenbach

SOZIALE MEDIEN

@ Facebook | @ Twitter | @ Instagram

30. März 2022:
„Peter Plohmann heißt der alte und neue Vorsitzende der Seniorenunion Vogtland. Herzlichen Glückwunsch an den gesamten Vorstand. Ihr engagiert euch für die Belange der Seniorinnen und Senioren und seid gute Unterstützer meiner Arbeit. Danke dafür. Gemeinsam arbeiten wir nun daran, dass Thomas Hennig am 12. Juni Landrat des Vogtlandes wird. CDU-Vogtland."

16. März 2022:
„Bei allen anstehenden Aufgaben muß die Frage gleichwertiger Lebensverhältnisse mitgedacht werden. Darum fordern wir als CDU/CSU-Bundestagsfraktion einen parlamentarischen Beirat der das Thema in den Vordergrund rückt. Es geht darum, dass die Menschen in unserem Land, egal wohin sie ziehen, gerne und gut leben. Leider sieht die Ampel das nicht so. Im Deutschen Bundestag lehnten die Regierungskoalitionen unseren Antrag ab."

10. Februar 2022:
„Am heutigen Tag der #Kinderhospizarbeit geht mein tiefer #Respekt und großer #Dank an alle betroffenen Familien, Eltern sowie Unterstützer und Helfende für Ihre wichtige Arbeit. Leben mit einem unheilbar kranken Kind und das Begleiten beim Sterben sind eine tägliche emotionale Herausforderung, ein permanentes an die Grenzen gehen. #Familien und #Kinderhospizeinrichtungen verdienen dafür höchste Anerkennung."

VOR ORT

Yvonne Magwas unterwegs

In den Nichtsitzungswochen des Bundestages bin ich im Vogtland unterwegs, um mit den Menschen vor Ort zusprechen. In den vergangenen Wochen war ich u.a. bei folgenden Terminen im Vogtland:

- Gespräch mit Prof. Neumann, Direktor BA Plauen
- Eröffnung des Leipziger Finanzforums
- Begehungstermin zu Straßensanierungsprojekten in Brotenfeld
- Gesprächsrunde mit Ärzten aus der Region im Auerbacher Wahlkreisbüro
- Videokonferenz mit DEHOGA Sachsen
- Besuch des sozialen Arbeitsförderwerks e.V. Weischlitz
- Treffen mit der Bauplanung Plauen GmbH
- Jahreshauptversammlung der Freiwilligen Feuerwehr Ellefeld
- Ortsbegehung Orgelsanierung der katholischen Kirche in Bad Elster
- Videokonferenz I-Ma-Tech-Bündnistreffen

PERSÖNLICH

Bürgersprechstunde

Ich freue mich darauf, Sie persönlich zu treffen.
Meine nächste Bürgersprechstunde findet am

22. April 2022

von 13.00 Uhr bis 15.00 Uhr
in meinem Wahlkreisbüro Auerbach, Altmarkt 4, statt.
Um Wartezeiten zu vermeiden, vereinbaren Sie bitte im Vorfeld einen Termin unter **Telefon 03774 3649828** oder per **E-Mail** unter yvonne.magwas.ma06@bundestag.de.

IMPRESSUM

Yvonne Magwas MdB
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Telefon: 030 22775637 · **Fax:** 030 22776639
E-Mail: yvonne.magwas@bundestag.de
www.magwas.de

Bild-und Quellen-Nachweise:
S.1: Tobias Koch, Christiane Lang; S.3: Photothek Deutscher Bundestag; S.4: Tobias Koch; S.6: by-studio von Getty Imagwas/Canva; S.7: Andreas Hermsdorf/ pixelio.de; S.8: Tobias Koch; S.9: Diana Tuppack, S. 10: Stadtverwaltung Rottenburg, Goldbeck; S.11: Finn Schuster, Parlamentsdirektion Grabowsky; S.12/13: Chris Gonz; S. 14: Tobis Koch, Photothek Deutscher Bundestag; S.16: Hagen Hartwig; S. 17: Leonie Eichelberger, Käthy Braun; S. 19: BINZ/Möschke; S. 20: Finn Schuster; S. 23: Haema